



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Genossinnen und Genossen,

leider war der Jahreswechsel von der verheerenden Tsunami-Katastrophe in Süd-Asien überschattet. Der einzige Lichtblick in dieser Tragödie war die spontane überwältigende Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger auf der ganzen Welt. Auch das Europäische Parlament gedachte in seiner ersten Sitzungswoche im Neuen Jahr der Opfer und bekundete sein Beileid und seine tiefste Anteilnahme für die Völker und Regierungen der von der Flutwelle betroffenen Länder. In einer Sondersitzung stimmte der Haushaltsausschuss weiteren 100 Mio. Euro für die humanitäre Soforthilfe zu, die zusätzlich zu den bereits zugesicherten 23 Mio Euro umgehend bereit gestellt werden sollen. Damit beläuft sich die Hilfe der Europäischen Union über die nächsten Jahren verteilt auf insgesamt 350 Mio. Euro für die Wiederaufbaumaßnahmen. In diesem Zusammenhang begrüße ich auch das konkrete Angebot von Ministerin Bulmahn mit technologischem Know-how einen besonderen deutschen Beitrag bei der Vorhersage von Erdbeben bzw. Flutwellen für den Indischen Ozean zu leisten. Wenn in Zukunft mit dem Frühwarnsystem deutscher Forschungsinstitute die schlimmsten Folgen für die Menschen abgewendet werden könnten, dann wäre das schon ein Beitrag zur globalen Verantwortung.

Die EU-Verfassung ist auf dem Weg

Mit großer Mehrheit (500 Ja-Stimmen; 137 Nein; 40 Enthaltungen) hat das Europäische Parlament über Parteigrenzen hinweg jetzt dem Vertrag über eine Verfassung für Europa zugestimmt. Bis Ende 2006 soll er in allen 25 EU-Staaten ratifiziert sein. Erst dann tritt die neue Verfassung in Kraft. Jedes Land muss nach seinen eigenen Verfassungsregeln zustimmen. In Deutschland müssen Bundestag und Bundesrat jeweils mit einer Zweidrittelmehrheit "ja" sagen.

Klaus Häscher (SPD), der sich als Präsidiumsmitglied im Konvent besondere Verdienste erworben hatte, warb während der Plenardebatte im Europäischen Parlament erneut für den Verfassungstext. Er habe Vertrauen in die Klugheit der Völker und der Parlamente, die Ratifizierung in zwei Jahren abzuschließen, so Häscher. Nach vielen Jahren der kriegerischen Auseinandersetzungen verbänden sich nun 25 Staaten zu einer Gemeinschaft. Die Einheit der Union sei die Antwort auf Globalisierung. Europa sei zwar keine Weltmacht, aber sie habe die Verantwortung einer Weltmacht. Dieser müsse man gerecht werden.

"Zwei Leitsterne setzt die Verfassung für das Handeln der künftigen Europäischen Union. Mit der Charta der Grundrechte drückt die Verfassung aus, dass die Union nicht nur zur Sicherung der Freiheiten des Marktes, sondern auch um der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger willen besteht. Artikel 1 der Verfassung verpflichtet die Union, zu Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung der Erde beizutragen. Damit drückt die Verfassung aus, dass die Union nicht um ihrer selbst willen besteht, sondern Verantwortung für unsere Erde trägt. Freiheit für die Menschen und Verantwortung für die Welt, daraus wächst die Identität des neuen Europa." (Häscher)

Mit der Verfassung wird die EU handlungsfähiger, weil in Zukunft europäische Gesetze in der Regel durch Mehrheitsentscheidung im Ministerrat entschieden werden. Die EU wird demokratischer, weil das Europäische Parlament fast bei der gesamten Gesetzgebung gleichberechtigt mit den Regierungen im Ministerrat mitentscheidet. Die Nationalen Parlamente sind stärker durch ein Frühwarnsystem eingebunden und haben Klagerecht, wenn das Subsidiaritätsprinzip verletzt ist. Darüber hinaus können nun Bürgerinnen und Bürger durch ein Europäisches Bürgerbegehren direkt Einfluss auf Politik nehmen. Die EU wird geschlossener nach außen auftreten können, denn die EU bekommt einen Außenminister und einen Europäischen Diplomatischen Dienst. Die gesamte Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist durch die Verfassung fest an das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen gebunden. Und schließlich stärkt die Verfassung die Bürger- und Menschenrechte, in dem die Grundrechte-Charta ein rechtsverbindlicher Teil des Textes wird.

Dies sind die Gründe, warum die Verfassung im Europäischen Parlament auf breite Zustimmung gestoßen ist und nur von wenigen, darunter den britischen Konservativen, polnischen Nationalisten und den post-kommunisten Gruppen, abgelehnt wird. Allerdings hat auch PDS-Mitglied Sylvia-Yvonne Kaufmann der Verfassung zugestimmt, vielleicht weil sie als Mitglied des Konvents den Verfassungsprozess von Anfang an konstruktiv begleitet hat.

Europäischer Bürgerbeauftragter im Amt bestätigt

Das Europäische Parlament hat den Griechen Nikiforos Diamandouros für weitere 5 Jahre als Europäischen Bürgerbeauftragten wiedergewählt. Diamandouros trat im April 2003 die Nachfolge des Finnen Jacob Södermann an. Davor war er von 1998 bis 2003 der nationale Bürgerbeauftragte Griechenlands.

Die Einrichtung des Europäischen Bürgerbeauftragten wurde 1992 im Maastrichter Vertrag geschaffen und gibt Bürgerinnen und Bürgern aber auch Unternehmen eine Beschwerdemöglichkeit, wenn sie konkrete Probleme mit der EU-Verwaltung bzw. einer der EU-Institutionen haben. Er führt dann in den Organen und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft - wie beispielsweise in der Europäischen Kommission, im Rat der Europäischen Union und im Europäischen Parlament - Untersuchungen durch, berichtet über Missstände in der Verwaltungstätigkeit und versucht zwischen den Betroffenen zu vermitteln. Lediglich der Gerichtshof und das Gericht erster Instanz und deren Rechtsprechung fallen nicht in sein Mandat. Jedes Jahr legt er dem Europäischen Parlament einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit vor.

<http://www.euro-ombudsman.eu.int/home/de/default.htm>

Fit für Europa?

Wer uns am Schnellsten die richtige Antwort zu der folgenden Frage per E-Mail sendet, erhält zwei unserer beliebten Europa-Tassen.

Frage: Wann tritt der neue EU-Verfassungsvertrag in Kraft?

- wenn Deutschland den Text ratifiziert hat
- wenn alle 25 Mitgliedstaaten den Text ratifiziert haben
- wenn das Europäische Parlament dem Text zugestimmt

Der Gewinner des letzten Quiz ist Stefan Suppes aus Ober-Ramstadt

Europäisches Parlament
Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel: 0032 2 28 45342
Fax: 0032 2 28 49342

Europabüro
Fischerfeldstraße 7-11
D-60311 Frankfurt
Tel: 069 299888510
Fax: 069 299888511

www.udobullmann.de
udo.bullmann@spd.de